

MARCEL HAFKE MdL

Ihr Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Wuppertal

Marcel Hafke MdL | Sedanstr. 11 | 42275 Wuppertal

Sedanstraße 11
42275 Wuppertal

- Pressemitteilung -

Telefon: 0178 402 4436
Email: m.hafke@marcel-hafke.de

Wuppertal, 18. Mai 2020

Pressestatement des Wuppertaler Landtagsabgeordneten und Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Wuppertal, Marcel Hafke MdL, zum sog. „Solidarpakt 2020“ von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD).

„Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) versucht sich im Bund im Kielwasser der Corona-Krise an einem Alleingang – seine Idee: Bund und Länder sollten die Altschulden der Kommunen übernehmen. Weder die Idee, noch das Problem sind neu. Leider hilft der Minister nicht einer einzigen Kommune, wenn er offensichtlich ohne jede Absprache mit dem Koalitionspartner zur großen Umverteilung ansetzt. Der Gegenwind aus den Reihen der Union ist enorm. So funktioniert verantwortungsvolle Politik nicht, im Gegenteil. Statt sich seriös an einer gemeinsamen Lösung zu versuchen, leitet der Minister die nächste Runde im Schattenboxen von SPD und Union ein und zwar zulasten der eigenen Glaubwürdigkeit und des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger. Es ist bezeichnend, dass die Wuppertaler SPD-Abgeordneten öffentlich bereits wieder das Fell verteilen, bevor die Beute erlegt ist. Mit Blick auf den Schlingerkurs der Genossen in Berlin, müssten sie es besser wissen.

Unabhängig davon ist die Schuldenlage in Städten wie Wuppertal nicht erst seit Corona ausgesprochen kritisch. In den vergangenen Jahren ist es hier vor Ort gelungen, Schulden abzubauen. Die Krise verändert die Ausgangslage jedoch: Steuereinnahmen entfallen, Arbeitsplätze und Unternehmen sind gefährdet. Jetzt, wie Olaf Scholz, zu versuchen, den rasch wachsenden Schuldenberg durch Umschuldungen abzutragen, wird nicht gelingen. Neben einem Altschuldenfond, braucht es ein umfassendes Konjunkturprogramm des Bundes, dass Investitionen und Innovationen vor Ort anregt sowie eine verbindliche Zusagen zur Übernahme entstandener Kosten in der Krise.“